

Wieviel Klimaforschung braucht ihr noch?

Die Politik geht eigene Wege: Nachdem sich die Diplomatie in eine Sackgasse gesteuert hat, steht der globale Klimaschutz vor einem Umbruch. Wie will man so Krisen lösen?
Von Oliver Geden

Seit fast 25 Jahren bemüht sich die internationale Klimadiplomatie nun schon um den Abschluss eines globalen Abkommens, mit dem die Treibhausgasemissionen wirksam begrenzt werden können. Und ebenso lange sind die Klimawissenschaften ein unerlässlicher Begleiter dieses politischen Prozesses gewesen. Doch nach der Veröffentlichung aller drei Teile des fünften IPCC-Sachstandsberichts und nur anderthalb Jahre vor dem mutmaßlich entscheidenden Klimagipfel in Paris hat sich allenthalben Ernüchterung breitgemacht. Vergleicht man die Stimmung mit jener zwischen der Veröffentlichung des vierten IPCC-Berichts 2007 und dem Klimagipfel von Kopenhagen 2009, so fällt zum einen auf, dass heute kaum noch jemand riskiert, den baldigen Durchbruch bei den Klimaverhandlungen zu verkünden. Zum anderen nehmen auch Warnungen vor nahenden Großkatastrophen wesentlich weniger Raum ein.

Dies sind nicht einfach nur Anzeichen eines gesunkenen gesellschaftlichen Stellenwerts des Themas. Vielmehr kündigt sich hier ein umfassender klimapolitischer Paradigmenwandel an, der nicht mehr das Klimaproblem, sondern zunehmend die Akteure in den Mittelpunkt stellt. Um zu verhindern, dass der politische Prozess durch das wiederholte Scheitern großer Klimagipfel endgültig delegitimiert wird, hat die Klimadiplomatie faktisch Abstand davon genommen, sich an der ganz großen Lösung abzuarbeiten. Anders als vor Kopenhagen glaubt kein Klimadiplomate, aber auch kein NGO-Vertreter noch ernsthaft daran, dass es möglich sein könnte, Großemittenten wie die Vereinigten Staaten oder China durch UN-Verträge auf tiefgreifende Emissionsminderungen zu verpflichten. Die größten Verschmutzerländer werden vielmehr im Vorfeld des Klimagipfels von Paris selbst bestimmen, was sie beizusteuern bereit sind, ernsthaft verhandeln werden sie darüber nicht mehr. Amerikas Präsident Obama hat nun den Anfang gemacht, andere Länder werden in den nächsten Monaten folgen.

Damit setzt sich im internationalen Klimaschutz eine genuin politische Herangehensweise durch, die klimawissenschaftlich geprägte Vorstellungen von planetaren Grenzen oder einem noch verbleibenden globalen Emissionsbudget in den Hintergrund drängt. Im Mittelpunkt des neuen, akteurszentrierten Paradigmas werden nicht mehr Langfristziele der Klimastabilisierung stehen, sondern die Möglichkeiten und Grenzen der Verhandlungsprozesse – nicht mehr das Wünschbare, sondern das Machbare und nicht mehr möglichst wohlklingende Intentionen, sondern die tatsächlich erreichten Ergebnisse. Angesichts der Tatsache, dass die globalen Treibhausgasemissionen – allen Klimakonferenzen und IPCC-Berichten zum Trotz – seit 1990 um 40 Prozent gestiegen sind, werden sich die klimapolitischen Bemühungen in den kommenden Jahren darauf konzentrieren, überhaupt erst einmal eine Trendwende herbeizuführen, also den kontinuierlichen Anstieg der Emissionen zu stoppen. In welcher Geschwindigkeit sich der weltweite Ausstoß an Treibhausgasen anschließend – wohl nicht vor 2025 bis 2030 – wird absenken lassen, steht auf absehbare Zeit noch nicht im Fokus der internationalen Klimapolitik.

Aufgrund der bislang sehr starken Rolle der Forscher im globalen Klimadiskurs wird sich ein solcher Paradigmenwandel jedoch nur dann vollziehen können, wenn auch die Politikberatung der Wissenschaften, also der für die Öffentlichkeit sichtbarste Teil der Klimaforschung, auf einen pragmatischen Kurs umschwenkt. Dies betrifft nicht primär die Naturwissenschaften. Dass sich die Grundthese vom menschengemachten Klimawandel in den vergangenen Jahren weltweit durchgesetzt hat und sich die klimapolitische Debatte längst nicht mehr darum dreht, ob der Klimawandel überhaupt stattfindet, sondern im Wesentlichen nur noch um dessen Ausmaß, Charakter und Geschwindigkeit, ist unabweisbar. Dies wird eine Depolitisierung der Forschung befördern, in der wissenschaftliche Unsicherheiten wieder mit größerer Gelassenheit diskutiert werden können.

Um einiges komplizierter ist die Lage der KlimaökonomInnen, deren Bedeutung seit dem vierten IPCC-Sachstandsbericht kontinuierlich zugenommen hat. Mit ihren Modellen, in denen sie die Transformation von Energiesystemen beschreiben, stehen sie inzwischen im Zentrum der klimapolitischen Debatte. Dementsprechend umkämpft waren auch die Verhandlungen über die Zusammenfassung des entsprechenden IPCC-Teilberichts im April in Berlin.

KlimaökonomInnen haben nicht nur die Deutungshoheit darüber inne, welche Maßnahmen zu ergreifen wären, um die auf verschiedenen politischen Ebenen formulierten Ziele relativ kostengünstig zu erreichen. Bei nach wie vor ansteigenden Emissionen fällt ihnen zudem auch die unangenehme Aufgabe zu, autoritativ Aussagen darüber zu treffen, welche globalen Klimaziele überhaupt noch realistisch sind – und welche nicht mehr.

Das Dilemma der wissenschaftlichen Politikberatung lässt sich an dem von Natur- und Sozialwissenschaften geteilten Konzept des Emissionsbudgets besonders gut veranschaulichen. Aus einem gegebenen Stabilisierungsziel, in der Regel dem von den UN beschlossenen 2-Grad-Limit, lässt sich ableiten, welche Gesamtmenge an Treibhausgasen weltweit noch emittiert werden darf, wenn die entsprechende Temperaturobergrenze noch eingehalten werden soll. Diese Konstruktionsleistung beschränkt die klimapolitisch legitimen Handlungsspielräume ganz beträchtlich. Zwar ist bei einem gegebenen Gesamtbudget immer noch eine Vielzahl von Emissionsverlaufskurven denkbar. Jedoch gilt: Je später der globale Gipfelpunkt erreicht wird und je höher dieser Gipfelpunkt liegt, desto größer müssen anschließend die jährlichen Reduktionsraten ausfallen, um noch im Rahmen des gesetzten Emissionsbudgets zu bleiben.

Unter dem Eindruck, dass die Absage an die Erreichbarkeit des 2-Grad-Ziels zu einem Fatalismus führen könnte und einem Drittmittelmarkt, auf dem Zuversicht nach wie vor großzügig honoriert wird, ist eine immer paradoxere Situation entstanden. Mit jedem weiteren Jahr weltweit steigender Emissionen fallen die Modellannahmen über die Transformationsfähigkeit unserer Volkswirtschaften immer optimistischer aus. Während es in der Politikberatung lange „Common sense“ war, dass der globale Emissionsgipfel deutlich vor 2020 erreicht werden müsse und anschließende Emissionsminderungsraten von jährlich mehr als drei Prozent nicht realistisch seien, hält der neueste IPCC-Bericht auch einen Höchststand der Emissionen 2030 noch für 2-Grad-kompatibel, wenn auch nur mit anschließenden Minderungsraten von sechs Prozent. Zudem geht die Gesamtrechnung des IPCC nur dann noch auf, wenn in erheblichem Umfang „negative Emissionen“ miteinkalkuliert werden, also das planförmige Entziehen von Treibhausgasen aus der Atmosphäre, etwa durch den großflächigen Einsatz von Biomasse-Kraftwerken mit CCS-Technologie.

Mit dieser Herangehensweise, die einen späteren Ausgleich für zunächst unterlassene Emissionsminderungen ermöglicht, belegen KlimaökonomInnen wohl eher ungewollt ihre Politikfähigkeit. Im Politikbetrieb ist es gängige Praxis, bei der Formulierung

gesamtstaatlicher Budgets die Option zur Verschuldung schon miteinzukalkulieren. Da solche Ansätze mittelfristig die wissenschaftliche Reputation der Klimaökonomik zu untergraben drohen, ist für die Zukunft verstärkt mit Distanzierungsbestrebungen gegenüber der Politik zu rechnen. Der fünfte IPCC-Sachstandsbericht bietet auch hierfür bereits Anhaltspunkte, indem er normativ-programmatische Aussagen an vielen Stellen bewusst vermeidet und dazu tendiert, die Risiken abzuwägen, die sich mit verschiedenen Politikpfaden und Emissionsverläufen verbinden. Auch entzieht sich der IPCC der Aufgabe einer vergleichenden Bewertung des 2-Grad-Ziels mit einem 1,5-Grad-Ziel, wie sie ihm von der UN-Klimadiplomatie eigentlich zugewiesen worden war. Die Forscher verweisen die Frage schlichtweg zurück an die Politik, da die Grenze zum gefährlichen Klimawandel mit wissenschaftlichen Methoden nicht exakt zu bestimmen sei. Entsprechende Einschätzungen seien zu stark von ethischen Werturteilen abhängig. Mit dieser Begründung öffnet der IPCC theoretisch zwar auch den Weg zu schwächeren Klimazielen, signalisiert der Politik aber gleichzeitig, dass sich die Wissenschaft in einem solchen Fall nicht als externe Legitimationsinstanz zur Verfügung stellen wird.

Das Verhältnis von Klimapolitik und Klimaforschung befindet sich gegenwärtig in einer Umbruchphase, in deren Verlauf die jeweiligen Eigenlogiken wieder stärker zur Geltung kommen werden. Selbst Vorreiter-Staaten wie Deutschland werden sich nicht mehr darauf verlassen können, dass ihre Präferenzen die uneingeschränkte Unterstützung der Wissenschaft finden werden. Die Klimaforschung wird sich daran gewöhnen müssen, dass ihr vergleichsweise privilegierter Status im Wesentlichen auf den Zugang zu Medien, Öffentlichkeiten und Forschungsmitteln beschränkt bleibt. Ihr realer Einfluss auf politisches Handeln jedoch geht kaum über das in anderen Politikfeldern übliche Maß hinaus.

Der Autor ist Klimapolitik-Experte der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin und derzeit Gastforscher an der ETH Zürich.